

Colnrade will Bezirksregierung stoppen

STROMTRASSE Antrag auf Aussetzung des Raumordnungsverfahrens gestellt

Die Ergebnisse der Dena-Studie sollen zunächst noch abgewartet werden. Weitere Briefe gehen an den Bundesumweltminister und an den Landtag.

VON JAN KUHLMANN

COLNRADE/HARPSTEDT - Die Bürgermeisterin der Gemeinde Colnrade, Hiltraud Lindemann, setzt sich intensiv dafür ein, dass die 380-Kilovolt-Stromfreileitung der Eon von Ganderkesee nach St. Hülfe nicht gebaut wird. Bei der Bezirksregierung hat sie die Aussetzung des Raumordnungsverfahrens für die Leitungstrasse beantragt.

In Briefen an den Bundes-

umweltminister Jürgen Trittin und an den Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtags bittet sie um Unterstützung. Der Rat der Samtgemeinde Harpstedt hat in seiner jüngsten Sitzung alle diese Anträge einstimmig unterstützt.

Der Antrag an die Bezirksregierung, das Raumordnungsverfahren auszusetzen, wird damit begründet, dass die Deutsche Energieagentur (Dena) zurzeit noch an einer Studie arbeitet, die Aufschluss über den Bedarf an neuen Stromleitungen geben wird. Die Bezirksregierung solle den Antrag der Eon nicht weiter bearbeiten, bevor die Ergebnisse der Dena-Studie noch nicht

vorliegen.

Die Bürgermeisterin weist die Bezirksregierung zudem noch darauf hin, dass sie sich beim Bundesumweltministerium dafür einsetzt, dass die Stromleitung zum Pilotprojekt für die Verlegung eines

gasisolierten Erdkabels erklärt wird. Sollte es dazu kommen, wäre ohnehin ein erneutes Raumordnungsverfahren nötig, weil dann an-

dere, kürzere Trassen zu wählen wären.

In einem Brief an den Bundesumweltminister weist Lindemann auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, der Natur und der Gesundheit der Menschen durch die Freileitung hin. Sie fordert,

dass diese Beeinträchtigungen durch neueste technische Erkenntnisse vermindert werden und empfiehlt die unterirdische „Gasisolierten Leitung“ von Siemens als alternative Technik. Der Bau dieser Trasse sei eine gute Gelegenheit, diese neue Technik als Pilotprojekt zu erproben.

An den Petitionsausschuss des Landtages wendet sich die Bürgermeisterin mit der Bitte, die gleichen strengen Abstandsvorschriften für Stromleitungen wie in Nordrhein-Westfalen auch in Niedersachsen einzuführen.

Auch bittet sie um eine Änderung der Richtlinien für die Güterabwägung, so dass bei Interessenkonflikten zwischen Natur, Landschaft und Mensch das Wohl des Menschen nicht stets hinten angestellt wird.

*Samtgemeinde
unterstützt
Vorgehen der
Bürgermeisterin*
